

AMPULS

Zeitschrift für Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe

noe.arbeiterkammer.at/ampuls

WEITERE THEMEN DIESER AUSGABE:

NÖ GESUNDHEITSPLAN 2040+:

Vorteile und
Schwachstellen – Seite 5

THEMA:

Überlastung
am Arbeitsplatz – Seite 6

IM GESPRÄCH:

Angelika Widhalm,
Vorsitzende Bundesverband
Selbsthilfe Österreich – Seite 9

MACHEN
SIE MIT
bei der
AM PULS-
Leser:innen-
Umfrage
auf Seite 7

Neben Arbeit und Wirtschaft, soziale Sicherheit und Chancengleichheit stand Gesundheit im Mittelpunkt der Beschlüsse der AK Niederösterreich im Cityhotel Design & Classic in St. Pölten. Bei der 3. Vollversammlung der XVII. Funktionsperiode Ende Mai wurden insgesamt 37 Anträge vom Arbeitnehmer:innenparlament der AK Niederösterreich angenommen. 28 Anträge – davon sechs das Thema Gesundheit betreffend – sogar einstimmig..

Näheres dazu auf den Seiten 2 und 3



**GESUND-
HEIT**
im Fokus

ANTRÄGE & BESCHLÜSSE



Von der Versorgungsregion Ost bis zur Toilettenpause

Die Anträge betreffend Gesundheit und Arbeitnehmer:innenschutz waren bei der 3. Vollversammlung der AK Niederösterreich breit angelegt, beschäftigten sich jedoch mit essenziellen Themen, die so rasch als möglich zur Umsetzung gelangen müssen. Hier ein Überblick:



Foto: stock.adobe.com

 Einstimmig angenommen wurde der FSG-Antrag zur **Schaffung einer Versorgungsregion Ost**. Zwar soll der Eigenversorgungsgrad durch den NÖ Gesundheitsplan bis 2040 schrittweise erhöht werden, doch dieser weite Planungshorizont ist für aktuell Erkrankte und Behandlungsbedürftige nicht hilfreich. Daher wird die NÖ Landesregierung aufgefordert, Kontakt mit den für Krankenanstaltenplanung zuständigen Mitgliedern der Landes-/Stadtregerungen im Burgenland und in Wien aufzunehmen, um rasche sowie unbürokratische Lösungen für notwendige Diagnoseerstellungen und Therapien für einzelne Patient:innen aus allen drei Bundesländern zu finden. Darüber hinaus muss an der Weiterentwick-

lung der Regionalen Strukturpläne der betreffenden Bundesländer und der Absicherung gemeinsamer innovativer Entwicklungen im Österreichischen Strukturplan Gesundheit gearbeitet werden.

 Ebenfalls einstimmig wurde der Antrag der FSG zur **Sicherstellung der Kostenübernahme für einzelne Patient:innen aus NÖ, die Versorgung in anderen Bundesländern brauchen**, angenommen. Hier gibt es in NÖ Verbesserungsbedarf, weil die Eigenversorgungsquote Niederösterreichs wesentlich niedriger ist, als die Quote vergleichbarer Bundesländer. Für Behandlungen von nö. Patient:innen in anderen Bundesländern müssen daher unverzüg-

lich bilaterale Vereinbarungen mit Trägern von Krankenanstalten oder individuelle Kostenübernahmeerklärungen geschlossen bzw. gewährt werden, um notwendige Behandlungen auf dem Stand der Wissenschaft sicherzustellen.

 Mit 1. September 2025 wurde den gehobenen medizinisch-therapeutisch-diagnostischen Gesundheitsberufen (MTD) die Befugnis erteilt, Arzneimittel verordnen bzw. weiterverordnen zu dürfen. Die Diplomierte Gesundheits- und Krankenpflege hat diese bereits. Allerdings ist dieses neue Erst- bzw. Weiterverordnungsrecht derzeit noch nicht im Leistungsrecht der Sozialversicherungen abgebildet.



Foto: Georges Schneider

Die FSG brachte deshalb einen entsprechenden Antrag ein, der einstimmig angenommen wurde und die **Verknüpfung von Berufsrecht und sozialversicherungsrechtlichem Leistungsrecht bei der Verordnung von Arzneimitteln bzw. Medizinprodukten in der Pflege und den MTD-Berufen** fordert. Zudem muss die notwendige Verordnung, mit der festgelegt wird, welche Arzneimitteln oder Medizinprodukte von den Berufsgruppen mit oder ohne ärztliche Anordnung verordnet oder weiterverordnet werden können, von der zuständigen Bundesministerin rasch erlassen werden.

 Mehrheitlich angenommen wurde der FSG-Antrag bezüglich der **Wiedereinführung der DGKP-Ausbildung an den Gesundheits- und Krankenpflegeschulen (GuKPS)**. Die AK fordert darin die dreijährige Ausbildung wieder an Krankenpflegeschulen zu ermöglichen, insbesondere durch entsprechende Änderung des § 117 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz samt der dazugehörigen Ausbildungsverordnung. Weiters ist dafür Sorge zu tragen, dass an den bestehenden GuKPS in NÖ weiterhin dreijährige Ausbildungslehrgänge zu DGKP stattfinden können, sowie dass genügend qualifiziertes Lehrpersonal dafür vorhanden ist.

 Ein weiterer Antrag der FSG (einstimmig angenommen) beschäftigte sich mit der **Vielfalt in Gesundheitsberufen**. Aus Sicht der AK ist das Abwerben von Arbeitskräften aus anderen Ländern nach wie vor mehr als kritisch zu bewerten, wird aber auch laut dem Regierungsprogramm weiterhin stattfinden. Fakt ist außerdem, dass schon jetzt sehr viele ausländische Arbeitskräfte im Gesundheitswesen arbeiten. So hat etwa in Pflegeheimen 31 % des Personals keine österreichische Staatsbürgerschaft. Die Versorgung der Bevölkerung ist somit ohne Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft bzw. mit Migrationshin-

tergrund überhaupt nicht denkbar. Deshalb müssen die individuellen Bedürfnisse der Beschäftigten als auch die strukturellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration stärker in den Fokus gerückt werden. Wie etwa in Form von unterstützenden Maßnahmen während des Anerkennungsprozesses, der Förderung von Sprachkenntnissen und Weiterbildung, dem Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Ausbeutung am Arbeitsplatz sowie betrieblicher Integration.

 Bereits seit Jahren wird um verbesserte Arbeitsbedingungen für besonders belastete Beschäftigte in mobilen Dienstbereichen wie Buslenker:innen oder Zugbegleiter:innen gekämpft. Ein straffer Zeitplan lässt es oft nicht zu, etwa eine Toilette aufzusuchen. Ein entsprechender Antrag der FSG mit dem Titel **Toilettenpause statt Gurkenglas** wurde daher eingebracht und einstimmig angenommen. Denn obwohl das Arbeitnehmerschutzgesetz (ASchG) Mindestanforderungen für den Aufenthalt während Arbeitspausen festlegt, reichen diese Bestimmungen für „externe Arbeitsstätten“ wie etwa Busse und Lokomotiven nicht aus. Gefordert wird daher eine Novelle der gesetzlichen Grundlagen, in welcher geregelt werden soll, dass auch Verkehrsmittel sowie Wohnungen bzw. Häuser, z.B. im Rahmen der mobilen Pflege, für die dort Beschäftigten in den Anwendungsbereich des ASchG einbezogen werden und somit als Arbeitsstätten gelten. ■ DSH

AK NIEDER
ÖSTERREICH



NACHLESEN

Alles über die Vollversammlung und sämtliche Beschlüsse:

<https://noe.arbeiterkammer.at/vollversammlung/>

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

herausfordernde Zeiten verlangen entsprechende Reformen und genau hier setzt die Arbeiterkammer Niederösterreich an. Wir haben daher in der 3. Vollversammlung unserer XVII. Funktionsperiode ein Bündel an Anträgen eingebracht, das Arbeitnehmer:innen in allen Belangen rasch entlasten soll. Lesen Sie dazu mehr in der Coverstory auf den Seiten 2 und 3. Zudem haben wir in einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen gefordert, dass die Steuerlast zur Finanzierung des österreichischen Sozialstaats künftig fairer zwischen Menschen und Maschinen verteilt werden muss. Denn Roboter und Maschinen kaufen nichts ein, leisten keine ehrenamtliche Arbeit und einen viel zu geringen Beitrag zum gesamten Steueraufkommen. In Österreich werden die Leistungen des Solidarstaates nämlich zu einem großen Teil über den Faktor Arbeit finanziert. Im Jahr 2022 wurden laut Statistik Austria ca. 60 % aller Leistungen des Solidarstaates mit Sozialversicherungsbeiträgen finanziert.

Der Rest über allgemeine Steuern und Abgaben, welche aber auch hauptsächlich aus Lohn- und Umsatzsteuer gespeist werden, d.h. durch Steuer- und Abgabenleistungen von privaten Haushalten und insbesondere Arbeitnehmer:innen. Das heißt: Die Arbeitnehmer:innen tragen derzeit ca. 80 % zum gesamten Steuer- und Abgabenvolumen bei, obwohl sie über Löhne und Gehälter nur ca. 60 % der Bruttowertschöpfung erhalten.

Durch die zu erwartende Transformation der Wertschöpfungsprozesse aufgrund der technologischen Entwicklungen wird dieses Finanzierungsmodell – mit dem Schwerpunkt Faktor Arbeit – in Bedrängnis kommen und somit auf breitere Beine gestellt werden müssen. Daher soll die gesamte Wertschöpfung des Unternehmens (Mensch – Robotik – Automatisierung usw.) zur Finanzierung des Solidarstaates herangezogen werden.

MARKUS WIESER

AK Niederösterreich-Präsident
ÖGB Niederösterreich-Vorsitzender

Für Sie gelesen:

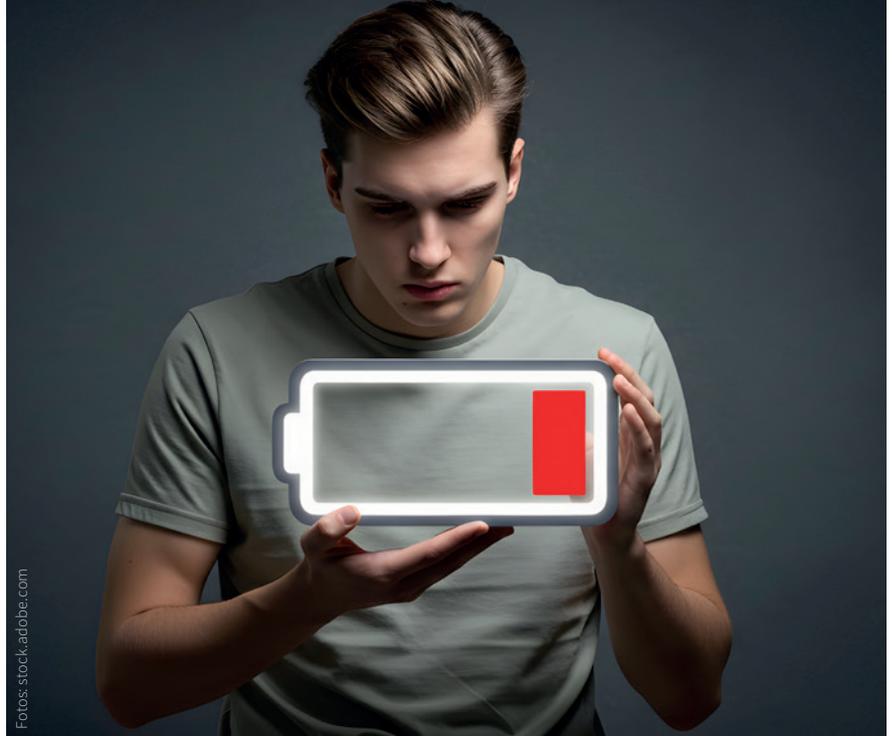


UND TROTZDEM

„Was die Leute in der Pflege leisten, ist ein Wahnsinn. Das gehört viel mehr geschätzt.“, sagt Margarete. Sie erzählt, wie sie vor 30 Jahren ihren Beruf aufgab, um ihren an ALS erkrankten Mann zuhause zu pflegen, ohne professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Eine von vielen persönlichen Erzählungen in diesem Buch, über eine Arbeit die in unserer Gesellschaft meist unsichtbar ist. Die Geschichten reichen von privat und/oder beruflich Pflegenden oder beruflich mit Pflege Befassten. Sie bieten tiefe Einblicke in die Vielfalt der Pflege – ob häusliche oder Obdachlosenpflege, die Pflege hinter Gittern bis hin zur Pflegewissenschaft oder Personalvermittlung. Sie erzählen von persönlichen Glücksmomenten, aber auch von den meist strukturellen Problemen, mit denen die Pflegenden kämpfen. Zeit, ihnen zuzuhören, denn früher oder später sind wir alle mal auf Pflege angewiesen. ■ AS

BUCHTIPP

Und trotzdem.
23 ganz schön ehrliche
Geschichten aus der Pflege
Autorin: Karin Grabner
170 Seiten
ISBN 978-3-9519818-6-4
Verlag: ampuls



Fotos: stock.adobe.com

UNSICHTBARE LAST: Long COVID im Beruf

Rund zehn Prozent der Corona-Infizierten leiden unter Long COVID. Postvirale Syndrome sind keine neue Erscheinung, aber Long COVID hat die Bedeutung dieser Erkrankungen ins Bewusstsein gerückt. Sie schränken nicht nur die Lebensqualität, sondern auch die Arbeitsfähigkeit ein und können somit zu Einkommenseinbußen führen. Es gibt zwar finanzielle Absicherungen wie Kranken- und Rehabilitationsgeld, die sind jedoch meist mit Verlusten verbunden. Besonders betroffen sind Berufstätige für die entlastendes Homeoffice oft keine Option ist, wie Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen.

Um schneller wieder in den Beruf einzusteigen, aber gleichzeitig auch eine Überlastung zu vermeiden, kann nach mindestens sechs Wochen Krankenstand eine Wiedereingliederungsteilzeit mit dem Arbeitgeber vereinbart werden. Das ermöglicht eine schrittweise Rückkehr an den Arbeitsplatz mit bis zu 50% Arbeitszeitreduktion, wobei die Krankenversicherung den Einkommensverlust teilweise ausgleicht. Fit2work bietet dazu ein kostenloses, umfassendes

Beratungsprogramm für Arbeitnehmer:innen und Betriebe an.

Bei einer Krankheitsdauer von über sechs Monaten könnte Long COVID als Behinderung gelten, was Diskriminierungsschutz bieten würde. Das bedeutet, sie dürften nicht wegen der Behinderung gekündigt werden. Noch gibt es aber keine Gerichtsurteile, ob eine Long-COVID Erkrankung eine Behinderung darstellt.

Aktuell gibt es noch Lücken in der Versorgung, insbesondere bei psychosozialer Unterstützung, Prävention und Rehabilitation. Es braucht mehr niederschwellige Behandlungsangebote und kürzere Wartezeiten. Ein im Dezember 2024 verabschiedeter „Nationaler Aktionsplan zu postakuten Infektionssyndromen“ soll in Zukunft Verbesserungen bringen. ■ AS

INFORMATIONEN

Long Covid: Ihre Rechte am Arbeitsplatz | Arbeiterkammer Wien



https://wien.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitsrecht/krankheitundpflege/krankheit/Long_Covid_Ihre_Rechte_am_Arbeitsplatz.html

NÖ Gesundheitsplan 2040+: VORTEILE UND SCHWACHSTELLEN

Versorgungssicherheit steht für die Arbeiterkammer an erster Stelle. Deswegen und um bei wesentlichen Entscheidungsprozessen miteingebunden zu sein, hat die AK Niederösterreich mit einer Unterstützungserklärung ihr Bekenntnis zum Gesundheitsplan gezeigt.

Ein Projekt in der Größenordnung des NÖ Gesundheitsplans 2040+ braucht gut durchdachte Ansätze und darf laut AK-Vizepräsidentin Angela Fischer kein „Schnellschuss“ sein. „Die Corona-Pandemie hat wie ein Brandbeschleuniger viele, seit Langem bestehende Probleme im System verstärkt und etwa Wartezeiten auf Behandlungen nochmals verlängert“, so Fischer. „Gewisse Inhalte des Gesundheitsplans kommen eher einer Reaktion auf bestehende Tatsachen gleich. Er war deswegen dringendst notwendig und es gibt

inhaltlich auch Maßnahmen, die einer längeren Umsetzungsdauer bedürfen.“ Ein Vorteil des Gesundheitsplans aus AK-Sicht ist, dass Leistungen an geeigneten Standorten gebündelt werden und durch Spezialisierungen von Kliniken qualitativ hochwertige Leistungen für die Patient:innen angeboten werden können. Durch den Ausbau der Primärversorgungseinheiten und des ambulanten Bereichs kann somit eine Entlastung der überlasteten Kliniken erreicht werden. Hingegen wurde der niedergelassene Bereich

nur rudimentär eingebunden. „In NÖ beträgt zudem der Eigenversorgungsgrad nur 75,1 %. D.h. fast ein Viertel der Patient:innen wird stationär nicht im eigenen Wohnsitzbundesland behandelt“, erklärt Fischer. „Auf den Langzeitpflegebereich wurde ebenso wenig eingegangen wie auf die künftige Rolle der nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe. Als AK NÖ sehen wir unsere Aufgabe darin, die Anliegen der Patient:innen und der nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe bestmöglich zu vertreten“, so Fischer. „Es bleibt nun abzuwarten, ob unsere Bereitschaft zur Kooperation und unsere Vorschläge von den Entscheidungsträger:innen des Landes NÖ angenommen werden.“ ■ DSH



NACHLESEN

www.gesundheitsplan-noe.at



Foto:Bernadette Raletseider

Wussten Sie, dass ...

Informatives aus der Gesundheitspolitik

von den AK-Expertinnen Aleksandra Schmözl & Judith Litschauer

■ ■ ■ Versorgung mehr ist als ein nahegelegenes Krankenhaus?

Der NÖ Gesundheitsplan 2040+ will das niederösterreichische Gesundheitssystem verbessern. Für gute Lösungen ist es entscheidend, dass die Politik frühzeitig alle Betroffenen informiert und einbindet. Denn dieser Prozess ist für Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialbereich eine Herausforderung und Chance zugleich: Qualität und Patientensicherheit stehen im Fokus – das spricht auch für einen angemessen

hohen Personaleinsatz. Steigender Arbeitskräftebedarf und Engpässe führen dazu, dass zwar „Krankenhaus“ außen draufsteht, innen aber das Personal kaum mehr Zeit für die versprochene Versorgung hat. Wartezeiten steigen. Das zeigt: Allein die Anzahl der Krankenhäuser stellt die Versorgungsqualität nicht sicher, sondern gut ausgebildetes Personal, moderne Ausstattung und standardisierte Abläufe. Bei geringen Fallzahlen fehlen dem Personal und Auszubildenden Routine und Erfahrungen mit seltenen Krankheitsbildern und Komplikationen – das erhöht das Fehler-Risiko. Müssen Krankenhäuser aus Qualitätsgründen schließen, braucht es faire und attraktive Lösungen für Mitarbeitende – etwa Sozialpläne,

Weiterbildungen und Umschulungen. Um Qualität zu sichern, braucht es ein Umdenken: Weg vom Erhalt jedes Krankenhauses, hin zu integrierten Versorgungsketten. Auch Projekte wie die „Acute Community Nurse“ müssen mitgedacht, ausgeweitet und regelfinanziert werden. Aktuelle Pläne zum NÖ Gesundheitsplan berücksichtigen allerdings den niedergelassenen Bereich und die Langzeitpflege zu wenig. Ohne bessere Abstimmung drohen Versorgungslücken. Die Arbeiterkammer Niederösterreich fordert deshalb eine stärkere Einbindung der Interessenvertretungen der Versicherten und Gesundheitsberufe in den Reformprozess, damit politische Versprechen auch wirklich eingehalten werden.

Help Gesundheit: IHRE SORGEN SIND UNS WICHTIG

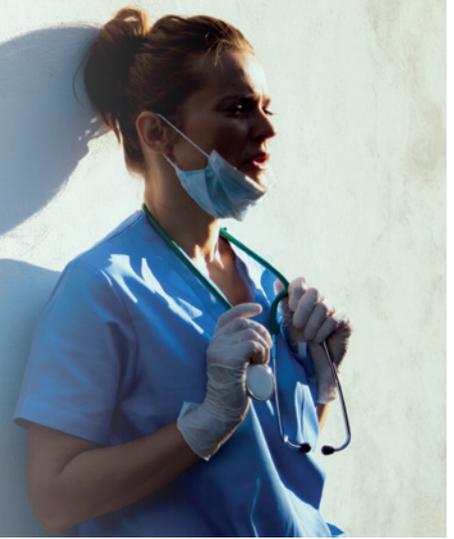


Foto: stock.adobe.com

Im Gesundheits- und Sozialbereich arbeiten Menschen mit außergewöhnlicher Hingabe, Engagement und Verantwortungsbewusstsein. Viele von ihnen stellen die Bedürfnisse ihrer Patient:innen und Klient:innen kompromisslos an die allererste Stelle – selbst dann, wenn die eigenen Kräfte längst am Limit sind. Diese Haltung verdient tiefsten Respekt. Dennoch darf dies nicht bedeuten, dass Berufsangehörige immer alles geben müssen, bis sie selbst völlig ausgebrannt sind, ohne dass sich am System selbst etwas Grundlegendes ändert. Daher ist es wichtig, die Stimme zu erheben und Missstände klar und deutlich anzusprechen. Nur Sie als Berufsangehörige wissen, wo es in Ihrer Einrichtung Probleme gibt bzw. wo etwas hakt.

SICHER, VERTRAULICH, ANONYM

Uns ist bewusst, dass es viel Mut braucht, Probleme anzusprechen. Und wir wissen auch, dass die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz viele davon abhält. Genau deshalb haben wir unsere AK Niederösterreich-Meldestelle „Help Gesundheit“ geschaffen. Sie ist Ihr Raum, um Missstände, Überlastungen oder Sorgen mit uns zu teilen – sicher, vertraulich und auf Wunsch auch absolut anonym. Damit wir helfen können, brauchen wir neben einer möglichst genauen Beschreibung der Probleme meist lediglich den Namen der Einrichtung und die Station bzw. Abteilung, wo diese aufgetreten sind. Auf Wunsch beraten wir Sie aber auch gerne persönlich.

KONKRETE VERBESSERUNGEN ERREICHT

Viele Ihrer Kolleg:Innen haben in den letzten eineinhalb Jahren diesen Schritt bereits gewagt. In zahlreichen Fällen konnten wir gemeinsam mit Betriebsrät:innen und Gewerkschafter:innen konkrete Verbesserungen erreichen. Dabei hilft uns auch eine Kooperation mit anderen Organisationen wie zum Beispiel mit anderen Kammern, Bezirksverwaltungsbehörden, Arbeitsinspektoren, Ombudsstellen, Patienten- und Bewohner:innen-Anwaltschaft oder auch mit der Volksanwaltschaft. Sie sind also nicht alleine - wir stehen an Ihrer Seite.

Am häufigsten wurden bisher belastende Arbeitsbedingungen gemeldet, gefolgt von der Verpflichtung, innerbetrieblich berufsfremde Tätigkeiten übernehmen zu müssen. Weitere Themen waren etwa zu lange Arbeitszeiten, Belästigungen am Arbeitsplatz, Verstöße gegen Hygienevorschriften, die Schwerarbeit sowie das neue Dienstplanprogramm NIZZA. Der größte Teil der Meldungen ging zu Krankenanstalten und Pflegeheimen ein, gefolgt von Behinderteneinrichtungen, Ordinationen und Primärversorgungseinrichtungen. In einem geringen Maße wurden aber auch Probleme bei der Versorgung von Patient:innen daheim gemeldet.

Jede einzelne Meldung ist wichtig und bringt uns einen Schritt weiter. Denn: Probleme zu verschweigen bedeutet nicht, sie zu lösen – dabei brennt man sich nur selbst aus. Aber

sie anzusprechen kann viel verändern. Es ist ein mutiger Schritt, der allen hilft: Ihnen, Ihren Kolleg:innen, Ihren Patient:innen bzw. Klient:innen und sogar dem Dienstgeber. Machen daher auch Sie Gebrauch von der Meldestelle und tragen Sie dazu bei, dass ein Arbeitsumfeld geschaffen wird, in dem Pflege und Unterstützung für andere möglich bleibt – ohne, dass sie selbst dabei auf der Strecke bleiben. ■ AH

Nutzen Sie die Meldestelle für sich selbst, für Ihr Team und für alle, die Ihnen vertrauen:



[noe.arbeiterkammer.at/
helpgesundheit](https://noe.arbeiterkammer.at/helpgesundheit)

@ help-gesundheit@aknoe.at

AK-BROSCHÜRE

Gesundheit
schützen



[noe.arbeiterkammer.at/service/
broschueren/arbeitundgesundheit/
Gesundheit-schuetzen.html](https://noe.arbeiterkammer.at/service/broschueren/arbeitundgesundheit/Gesundheit-schuetzen.html)



AM PULS-LESER:INNEN-UMFRAGE

Wie finden Sie die AM PULS?

Machen Sie mit bei unserer Leser:innen-Umfrage! Helfen Sie uns, auch in Zukunft auf Ihre Erwartungen und Wünsche einzugehen!

VIELEN DANK FÜR IHR INTERESSE UND FÜR IHRE TEILNAHME!



UMFRAGE

<https://newsletter.arbeiterkammer.at/VnQcVEz>

Die Umfrage dauert ca. 3-5 Minuten.
UND SCHON GEHT'S LOS!



Foto: Anja Rthacek

ALLES WAS RECHT IST! Der Berufsrechts-Tipp von AK-Berufsrechtsexpertin Mag.^a Alexandra Obermeier-Gangl

Wie Generationsvielfalt den Gesundheits- und Pflegebereich bereichert

Die demografischen Veränderungen und der zunehmende Bedarf an qualifizierten Fachkräften im Gesundheits- und Pflegebereich verdeutlichen die Wichtigkeit der generationsübergreifenden Zusammenarbeit. Es gibt verschiedene Generationen, die typischerweise am Arbeitsplatz vertreten sind: die Babyboomer-Generation, Generation X, Generation Y (Millennials) und Generation Z. Die Zusammenarbeit von Mitarbeiter:innen aus diesen Altersgruppen bietet zahlreiche

Vorteile, doch können Stereotypen und Mythen Einfluss auf diese positive Dynamik nehmen. Stereotypen über die verschiedenen Generationen machen oft pauschale und vereinfachende Aussagen, die das wahre Potenzial und die tatsächlichen Fähigkeiten der Generationsmitglieder nicht widerspiegeln. Eine Arbeitsumgebung, die die Kompetenzen aller Generationen erkennt und fördert, führt zu höherer Arbeitszufriedenheit und positivem Arbeitsklima. Dies steigert nicht nur die Produktivität, sondern auch die Qualität der Versorgung. Das verbessert auch die Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit von Gesundheitseinrichtungen. Ältere Mitarbeiter:innen bieten

Kontinuität und langjährige Erfahrung, während jüngere Kolleg:innen die langfristige Entwicklung und Anpassungsfähigkeit unterstützen. Daher sind Stereotypen und Mythen zu hinterfragen und durch faktenbasierte Erkenntnisse zu ersetzen. Das ist wichtig, um eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Generationen zu fördern. Wissenstransfer, verbesserte Teamarbeit, gestiegene Arbeitszufriedenheit und nachhaltige Stabilität sind die Hauptvorteile einer generationsübergreifenden Arbeitskultur. Arbeitgeber:innen sind aufgefordert, diesen Prozess aktiv zu unterstützen und zu steuern, um eine gesundheitsfördernde, leistungsfähige und zufriedenstellende Arbeitsumgebung zu schaffen.

ALLES CLARA: Die App, die Pflegen leichter macht

Mit der innovativen App Alles Clara steht nun allen in Niederösterreich ein neues Unterstützungsangebot kostenfrei zur Verfügung. Sie bietet umfassende Unterstützung für Menschen, die sich um ihnen nahestehende Personen kümmern.

Jede zehnte Person ist in die Pflege und Betreuung ihrer Angehörigen involviert und leistet damit einen wertvollen Beitrag zur Pflegearbeit im Land. Um diese engagierten Menschen bestmöglich zu unterstützen, müssen Angebote flexibel, niederschwellig und leicht zugänglich sein. Genau aus diesem Grund wurde Alles Clara ins Leben gerufen: Damit Menschen, die sich um ihre Angehörigen sorgen, schnell und unkompliziert die Hilfe bekommen, die sie benötigen.



Die Alles Clara Beraterinnen Barbara Kögl (li.) und Daniela Stadler kennen die Herausforderungen von Menschen mit Betreuungs- und Pflegeaufgaben aus erster Hand.

WAS IST ALLES CLARA?

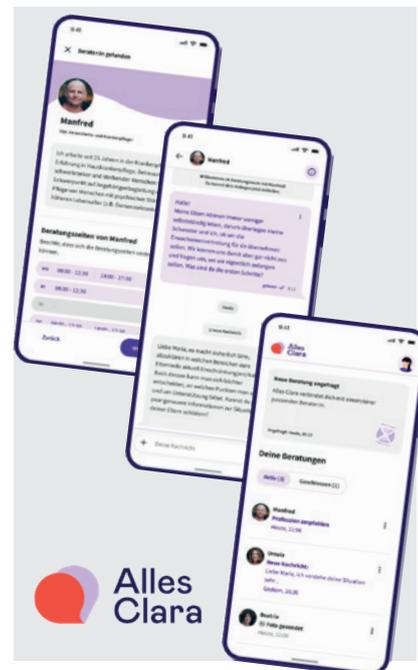
Die App Alles Clara ermöglicht digitale Entlastungsberatung, indem sie Ratsuchende direkt mit professionellen Berater:innen aus den Bereichen Pflege und Psychologie verbindet. Durch die Förderung des Landes Niederösterreich können nun alle Niederösterreicher:innen die

App kostenfrei nutzen und bei ihren Herausforderungen unkompliziert Hilfe erhalten.

Die App bietet einen 1-zu-1-Chat mit speziell in der Online-Beratung geschulten Berater:innen, die Fragen beantworten und Hilfestellung geben. Berater:innen, wie DGKP Barbara Kögl und DGKP Daniela Stadler, BA, MA von der Caritas St. Pölten, kennen die Herausforderungen von Menschen mit Betreuungs- und Pflegeaufgaben aus erster Hand. Für komplexe Themen besteht darüber hinaus die Möglichkeit für ein persönliches Telefongespräch.

WARUM ALLES CLARA?

„Ziel war es ein Angebot zu schaffen, das Menschen, die sich um nahestehende Personen kümmern, entlastet“, beschreibt Nicole Traxler, Managing Director von Alles Clara, die Idee hinter der App. „Nun können wir niederschwellige und flexible Beratung und Begleitung für Ratsuchende bieten, genau dann, wenn sie die Unterstützung brauchen.“ Zusätzlich trägt Alles Clara zu erhöhter Arbeitszufriedenheit bei: Die Berater:innen sind weiterhin bei ihren Pflegeorganisationen beschäftigt, aber profitieren von einem flexiblen, körperlich entlastenden Element in ihrem Berufsalltag, das eine Arbeitsbereicherung darstellt. „Wir wollen Pflegekräften ein neues Tätigkeitsfeld bieten, damit sie länger und gesund im Beruf verbleiben können“, so Traxler. Die Vision ist eine Zukunft, in der pflegende Angehörige bestens unterstützt und Pflegekräfte entlastet sind. ■ JL



SO EINFACH GEHT'S:

Alle Niederösterreicher:innen können jetzt ganz einfach von der kostenfreien Unterstützung durch Alles Clara profitieren!

1. Die Alles Clara App im App Store oder Google Play Store herunterladen.
2. Mit dem Zugangscode „**clara-noe**“ registrieren.
3. Kostenlose Beratung über das Plus-Symbol starten.

VORTEILE DER BERATUNG:

Die Berater:innen sind mit ihren Leistungen in allen niederösterreichischen Bezirken präsent und ...

- » sind direkte Ansprechpersonen mit langjähriger Erfahrung,
- » kennen das gesamte Angebot der Betreuungs- und Pflegedienste,
- » beraten individuell und maßgeschneidert,
- » bieten emotionale Begleitung und professionelle Unterstützung,
- » suchen nach Lösungen, die für die Lebenssituation passen.

Mehr Informationen zu Alles Clara finden Sie hier:



www.alles-clara.at/noe



IM GESPRÄCH

MIT ANGELIKA WIDHALM

„Es geht darum, Patient:innen aktiv in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, sowohl auf individueller als auch auf institutioneller Ebene. Daher benötigen wir dringend ein Patientenbeteiligungsgesetz!“

Das Post-Vakzinationssyndrom (PVS) sowie COVID-Langzeitfolgen sind Themen, die gesellschaftlich polarisieren und dementsprechend für Diskussionen sorgen. AM PULS sprach mit Angelika Widhalm, der Vorsitzenden des Bundesverbands Selbsthilfe Österreich (BVSHOE) darüber, welche Maßnahmen es braucht, um den Anliegen der Betroffenen mehr Gehör zu schenken.

AM PULS: Als Vorsitzende des Bundesverbands Selbsthilfe Österreich setzen Sie sich dafür ein, die Anliegen der Patient:innen im Gesundheits- und Sozialwesen sowie in der Gesellschaft zu stärken. Werden Ihrer Meinung nach Personen mit Spätfolgen der COVID-19-Impfung entsprechend erstgenommen?

ANGELIKA WIDHALM: Nein! Für die Betroffenen ist es ein Spießrutenlauf. Während es zu Long COVID mittlerweile gesicherte Studien gibt, stehen zum Thema Impfschäden entsprechende Studien noch aus. Dabei geht es um Personen, die von chronischen Symptomen berichten, die kurz nach der COVID-19-Impfung auftraten. Dieser wenig verstandene, anhaltende Zustand, das sogenannte Post-Vakzinationssyndrom (PVS), wird von den medizinischen Behörden noch immer nicht erkannt, und über seine biologischen Ursachen ist wenig bekannt. Daher werden immerhin ca. 31.000 betroffene Patient:innen nicht selten pauschal als Simulat:innen abgetan. Laut Gesundheitsministerium wurden seit 1. Jänner 2021 mit Stichtag 30. Mai 2025 übrigens 762 Impfschäden anerkannt. Wir rechnen mit mindestens doppelt bis dreifach so viel Betroffenen bzw. Erkrankten.

AM PULS: Was muss getan werden um Long COVID-Patient:innen sowie Personen mit Impfschäden bei ihren Anliegen zu stärken?

ANGELIKA WIDHALM: Man muss ihnen zuhören und sie ernst nehmen!

Dafür sollte ein niederschwelliges Netz geschaffen werden, an das sich Betroffene wenden können. Der seinerzeit entwickelten Nationale Aktionsplan (NAP) zu Long COVID, dem Postakuten Infektionssyndrom (PAIS) usw. muss weiterentwickelt und umgesetzt werden. Laut Expert:innen sollten diese Betroffenen vom Hausarzt behandelt bzw. die Behandlung interdisziplinär koordiniert werden. Nur neurologische Behandlung ist zu wenig. Auch der weitere Ausbau von speziellen Ambulanzen könnte ein Ziel sein. Entscheidend ist, Betroffene nicht länger zu diskriminieren und mit ihren Anliegen nicht allein zu lassen.

AM PULS: Mangelt es nicht allgemein bei Patient:innen-Anliegen an einem respektvollen Umgang bzw. einem positiven Dialog auf Augenhöhe seitens des Gesundheitswesens?

ANGELIKA WIDHALM: Eindeutig, Ja! Es handelt sich hier wahrlich um einen langen gesellschaftspolitischen Weg. Seit Jahren ist der Bundesverband Selbsthilfe Österreich bemüht, der Politik klarzumachen, dass hier nach EU-Beispiel vorgegangen werden sollte. In vielen anderen Ländern, sogar Tschechien, Polen und Ungarn sind uns da voraus, gibt es ein sogenanntes Patientenbeteiligungsgesetz, das die Beteiligung von Patient:innen in gesundheitlichen Entscheidungen regelt. Es geht dabei darum, Patient:innen aktiv in

Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse und in die Umsetzung einzubeziehen, sowohl auf individueller als auch auf institutioneller Ebene. Vor kurzem haben wir Gesundheitsministerin Korinna Schumann ein entsprechendes Forderungs-Papier vorgelegt. Im Regierungsübereinkommen ist ein Patientenbeteiligungsgesetz nämlich nur verklausuliert vorgesehen und somit eine staatliche Basisfinanzierung, die so essenziell wichtig wäre, um Informationen aber auch Weiterbildungen im Bereich Patient:innenanliegen und somit die Gesundheitskompetenz wesentlich zu erhöhen, zu ermöglichen, nicht gegeben. Der BVSHOE hat nun den Auftrag, einen ersten Entwurf der Inhalte und Themen vorzubereiten. ■ Interview: DSH

ANGELIKA WIDHALM

ist Vorsitzende des im März 2018 gegründeten Bundesverbands Selbsthilfe Österreich, der Interessenvertretung themenspezifischer, österreichweit agierender Selbsthilfe- und Patient:innenorganisationen. Die Aufgabe des BVSHOE ist es, die Rolle der Patient:innen im Gesundheits- und Sozialwesen sowie in der Gesellschaft zu stärken, indem er auf Bundesebene die Anliegen der Selbsthilfe- und Patient:innenorganisationen gebündelt vorbringt, vorantreibt, unterstützt und vertritt.



HERZLICHE GRATULATION!

Ihr Markus Wieser, AK Niederösterreich-Präsident



LK Waidhofen/Thaya: WEITERBILDUNGEN UND SONDERAUS- BILDUNGEN ABSOLVIERT

Anfang Jänner schlossen DGKP Veronika Pilz und DGKP Wolfgang Mühlberger, Stationsleitungen des Zentrums Altersmedizin, die verpflichtende Weiterbildung „Gerontologische Pflege“ mit Erfolg ab. Die stellvertretende Pflegedirektorin DGKP Doris Fidi (Mitte) gratulierte bei der Überreichung der Zeugnisse im Ordensklinikum Linz. Nur zwei Tage später konnte Doris Fidi vier Mitarbeiter:innen des

Landesklinikums Waidhofen/Thaya zur Absolvierung ihrer Zusatzausbildungen gratulieren: DGKP Marion Kandler hat die Weiterbildung „Wundmanagement“ an der Donauuniversität Krems mit Erfolg bestanden. DGKP Daniela Stallecker und DGKP Marlene Stöger absolvierten erfolgreich das „Führungsentwicklung Leadership Programm“. Und DPGKP Thomas Schwertberger absolvierte das „Führungsentwicklung Basisprogramm Leadership“.



Im März gab es dann wieder Grund zum Feiern. Da schloss DPGKP Sabrina Kainz die Sonderausbildung für „psychiatrische Gesundheits- und Krankenpflege“ ab. DGKP Kerstin Rötzer absolvierte die Sonderausbildungen „Intensivpflege“ und „Anästhesiepflege“ und DGKP Matthias Eder die Sonderausbildung „Pflege im Operationsbereich“. Alle drei absolvierten ihre Ausbildungen mit ausgezeichnetem Erfolg!

UK NEUNKIRCHEN: ERFOLGREICHE ABSCHLÜSSE

Ende Jänner konnten sich erstmals an der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege Neunkirchen elf Absolventinnen und Absolventen über ihren Abschluss zur Obduktionsassistenten freuen.



Ebenfalls ihre heiß ersehnten Zeugnisse konnten die elf Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Weiterbildung Palliativpflege entgegennehmen.



Foto: LK Mistelbach-Gärnsersdorf/Claudia Müller

**LK MISTELBACH:
FEIERLICHE ZEUGNISÜBERGABE**

Ende Februar fand die Abschlussfeier für fünf Absolventinnen und zwei Absolventen der zweijährigen Ausbildung zur Pflegefachassistentin an der Schule für Gesundheit- und Krankenpflege Mistelbach statt. Sechs Absolvent:innen haben mit ausgezeichnetem und eine Absolventin mit gutem Erfolg abgeschlossen.

UK ST.PÖLTEN: AUSBILDUNGEN GESCHAFFT!

Ende des Vorjahres haben 43 Absolventinnen und Absolventen der Sonderausbildungen „Pflege im OP“ und „Kinder- und Jugendlichenpflege“ an der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege St. Pölten ihre Diplome entgegengenommen. 29 Absolvent:innen (Foto1) freuten sich über ihre



Fotos: Daniela Mettschek



2

Diplome in der Sonderausbildung „Pflege im OP“, vierzehn (Foto 2) in der Sonderausbildung „Kinder- und Jugendlichenpflege“. Die feierliche Übergabe fand in der Eingangshalle des Universitätsklinikums St. Pölten statt.



Foto: Claus Schippler

LK ZWETTL: ZEUGNISSE ENTGEGENGENOMMEN

18 Absolvent:innen der Gesundheits- und Krankenpflegeschule Zwettl nahmen Ende Februar bei einer stimmungsvollen Feier im Stadtsaal Zwettl ihre Zeugnisse entgegen. Vierzehn Absolventinnen und Absolventen schlossen ihre Pflegefachassistentin-Ausbildung ab – acht mit ausgezeichnetem Erfolg, vier mit gutem Erfolg. Die Berufsausbildung zur Pflegeassistentin schlossen vier Auszubildende ab – eine davon mit ausgezeichnetem Erfolg.



Foto: LK Baden-Mödling

**LK BADEN-MÖDLING:
MISSION AUSBILDUNG ERFÜLLT**

Mitte März nahmen dreizehn Absolventinnen und Absolventen der Ausbildung zur Pflegeassistentin bei der Abschlussfeier der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege Baden ihre wohlverdienten Abschlusszeugnisse entgegen.

AUSGEWÄHLTE TIPPS

REFRESHER - FORTBILDUNGEN DER AK NIEDERÖSTERREICH

Sowohl für Wiedereinsteiger:innen der Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe, die nach längerer Zeit in den Beruf zurückkehren, als auch für ununterbrochene Berufstätige zugeschnitten. Termine zu den Seminaren werden laufend auf unserer Homepage noe.arbeiterkammer.at/refresher ergänzt.



SEMINARANMELDUNGEN

sind ausschließlich über
Onlineformular möglich:
W noe.arbeiterkammer.at/refresher

**KURS,
ÜBERNACHTUNG
& VOLLPENSION**
sind für AK Niederösterreich
Mitglieder

**KOSTEN-
LOS!**

Bei Fragen stehen wir
gerne zur Verfügung:
E fortbildung@aknoe.at

PARKHOTEL HIRSCHWANG

Trautenbergstr. 1, 2651 Hirschwang an der Rax



IMPRESSUM: AM PULS, Zeitschrift für Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe. Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich, 3100 St. Pölten, AK-Platz 1, Verlagsort: 3100 St. Pölten.
REDAKTION: Chefredaktion: Doris Schleifer-Höderl, E doris.schleifer@inode.at, T 0676/413 00 62; Redaktionskoordination: Aleksandra Schmözl, MA, E aleksandra.schmoelz@aknoe.at; Leitung Gesundheitspolitik: Dr. Bernhard Rupp, MBA, E bernhard.rupp@aknoe.at; Berufsrecht: Mag.ª Angelika Hais; E angelika.hais@aknoe.at; Gesundheitspolitik: Mag.ª Cathrine Grigo; E cathrine.grigo@aknoe.at; Berufsrecht & Seminare: Mag.ª Alexandra Obermeier-Gangl, E alexandra.obermeier-gangl@aknoe.at; Registrierung: Elias Peska, BSc, E elias.peska@aknoe.at; Lektorat: Judith Litschauer, MSc, MA, E judith.litschauer@aknoe.at
DESIGN UND LAYOUT: Bernadette Rafetseder. Cover: stock.adobe.com
DRUCK: Druckerei Gerin Druck GmbH, 2120 Wolkersdorf. Auflage: 44.500. Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: siehe <http://noe.arbeiterkammer.at/impresum.html>

AK NIEDER ÖSTERREICH TIPPS

INFO ZUR NUTZUNG DER ID AUSTRIA IM FINANZONLINE



Nutzer:innen, die ihre Handy-Signatur auf eine ID Austria Basisfunktion umgestellt haben, können die Restlaufzeit des fünfjährigen Handy-Signatur-Zertifikats weiterhin nutzen, um zum Beispiel problemlos in FinanzOnline einzusteigen. Es ist zu beachten, dass eine ID Austria Basisfunktion nicht verlängert werden kann. Stattdessen wird empfohlen, auf die ID Vollfunktion umzusteigen, um die umfangreichen und sicheren Funktionen dieser modernen Identitätslösung voll auszuschöpfen.



INFORMATIONEN

noe.arbeiterkammer.at/idaustria



“
Ich finde, du
könntest ruhig
einen höheren
Beitrag für uns
Menschen leisten.
“

“
Stimmt.

Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer bekommen
60 % Anteil an der
Wertschöpfung. Sie zahlen aber
80 % aller Steuern!

**AK NIEDER
ÖSTERREICH**
**STEUERLAST
FAIR VERTEILEN.**

Herrn/Frau/Firma